

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 8

Artikel: Leninsche Prinzipien - Totalitarismus im Keim : das bolschewistische Normengefüge und was daraus geworden ist
Autor: Revesz, Laszlo / Klim, Franz
Kapitel: Die nichtkapitalistische Entwicklung für die Dritte Welt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092566>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Sorgfältige Retouchen am Monument.

gewährleisten, und dieses Bestreben ist gewaltsam von aussen vereitelt worden. Es handelt sich (natürlich) um die Tschechoslowakei von 1968.

Die Prager Häresie

Der damalige Statutenentwurf (der dem Kongress am 9. September hätte vorgelegt werden sollen, was die Invasion verhinderte) gestand den Minderheitsansichten «im Geiste des demokratischen Zentralismus» (die Berufung auf dieses Prinzip musste aus Alibigründen beibehalten werden) ausdrückliche Rechte zu. Einer sich in einem beliebigen Parteigremium ergebenden Minderheit wurde zugestanden, ihren Standpunkt festzuhalten und seine Eintragung ins Protokoll zu verlangen. Ueberdies dürfe sie auch nachträglich bei ihrer Einstellung bleiben, sie weiterentwickeln und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt eine neue Behandlung des Traktandums in ihrem Sinne verlangen. Ferner legte das Statutenprojekt fest, dass man den Trägern von Minderheitsansichten nur mit «ideellen Mitteln» begegnen dürfe, womit jegliche Sanktionen gegen Abweichler als unstatthaft deklariert wurden (Statutenentwurf, Art. 3 und Art. 19, Abs. c). Der sowjetischen Führung war das unannehmbar. Die Moskauer Stellungnahme wurde von P. Rodinow am 19. August 1968 (neun Tage nach Veröffentlichung des Entwurfs und zwei Tage vor der Invasion) in der «Prawda» dargestellt: «Ist es nicht klar, dass das sogenannte

„Recht der Minderheit“ die Grundlage des demokratischen Zentralismus untergräbt und die Parteidisziplin, die organisatorische Struktur, ja die Einheit der Parteilinien schwächt? Und kann denn schliesslich die Verletzung des Mehrheitswillens... überhaupt demokratisch genannt werden? Tatsächlich ist eine solche Erscheinung antidemokratisch zu nennen; sie führt zur Desorientierung, verletzt die Einheit der Partei und führt zur bürgerlichen Anarchie.»

Die Mehrheit wird nicht geprüft

Durchaus unbewiesen ist natürlich der angesetzte Anspruch auf Vertretung der Mehrheit. Wie soll sich je eine Mehrheit um eine «abweichende» Ansicht bilden, wenn diese nicht zunächst von einer Minderheit (vom Individuum bis zur Gruppe) überhaupt bekanntgemacht und propagiert werden darf? Die demokratische Mehrheitsbildung erfordert zunächst die Freiheit der öffentlichen Meinungsäusserung und dann den er-

möglichten Wettbewerb unterschiedlicher Auffassungen um die Gunst der Mehrheit. Eine ohne Alternativmöglichkeit zustande gekommene «Mehrheit» ist keine geprüfte Mehrheit, keine demokratische Mehrheit und kann es nie sein. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus, welches das Aufkommen schon des blossen Alternativgedankens vereitelt, verhindert damit die demokratische Willens- und Mehrheitsbildung im Ansatz. Man gelangt nicht einmal bis zur Frage, ob der Mehrheitswille vertreten oder zertrümmert wird, da er gar nicht erst ermittelt werden kann.

Durch sein Konzept des demokratischen Zentralismus gab Lenin alles in allem einer kleinen Minderheit die Institutionen als Waffe in die Hand, jegliche Opposition zu unterdrücken und von einem Zentrum aus ein Weltreich von 240 Millionen Menschen (wozu noch die faktischen Kolonien des Satellitengürtels kommen) ohne Rücksicht auf ihre Wünsche, ja ohne Kenntnis ihrer Wünsche zu regieren. Laszlo Revesz

Die nichtkapitalistische Entwicklung für die Dritte Welt

Wenn einerseits der Sozialismus durch die Diktatur des Proletariats entsteht und andererseits der Sozialismus auch in Entwicklungsländern ohne Proletariat möglich ist, wie lässt sich das vereinbaren? Dadurch, sagt die sowjetische Theorie von Lenin bis Breschnew, dass das sowjetische Proletariat seine (behauptete) Diktatur auch für fremde Länder ausübt, die kein eigenes Proletariat haben. Die Sowjetunion hilft aus. Das ist die Theorie zur kolonialistischen Expansion, welche die sowjetische Praxis seit Lenins Zeiten auszeichnet.

Die heutige sowjetische ideologische und politische Offensive in der Dritten Welt will sich dadurch Popularität schaffen, dass sie mit ungeheurer Intensität die These propagiert, es sei möglich, mit Hilfe der sozialistischen Staaten (eigentlich und ursprünglich: mit Hilfe des Proletariats eines sozialistischen Staates) von einem primitiven Entwicklungsstadium direkt in den Sozialismus hineinzuwachsen, unter Vermeidung des Kapitalismus. Es wird ein grossartiges Entwicklungstempo, ein grossartiger Sprung nach vorne in Aussicht gestellt. Die Bedingungen dazu sind nur die direkte oder indirekte Führung Moskaus und die Errichtung der Diktatur des Proletariats oder, wenn es in einem Lande kein Proletariat gibt, die Errichtung der Diktatur der revolutionären Demokratie (Nasser, Boumedienne, früher Sukarno, Nkrumah usw.). Es sei allein der mit sowjetischer Hilfe zurückzulegende nichtkapitalistische Entwicklungsweg, welcher alle Schwierigkeiten lösen werde.

Lenin: «Für eure proletarische Diktatur stellen wir uns zur Verfügung»

Diese Idee wurde eigentlich von Lenin aufgeworfen. Lenin erklärte auf dem 2. Kominternkongress (1920), es sei möglich, die rückständigen Völker des Ostens für eine aktive politische Arbeit zu gewinnen, auch wenn es in diesen Ländern noch kein Proletariat gibt (Werke, russisch, Bd. 31, S. 218). Dementsprechend nahm dieser Kongress in seine Thesen folgenden Gedanken auf: In den Entwicklungsländern werden die Volksmassen nicht durch die kapitalistische Entwicklung, sondern durch die Vertiefung des Klassenbewusstseins unter der Leitung des klassen-

bewussten Proletariats der fortgeschrittenen Länder zum Sozialismus gelangen.

Auf dieser Grundlage erarbeitete Lenin das Programm der nichtkapitalistischen Entwicklung für die Entwicklungsländer. Auf dem 2. Kominternkongress sagte er u. a. folgendes: «Können wir jene Behauptung für richtig halten, dass das kapitalistische Entwicklungsstadium der Volkswirtschaft für jene rückständigen Völker unvermeidbar ist, welche sich jetzt befreien? Wir antworten auf diese Frage mit Nein.» (Vollst. Sammlung seiner Werke, russisch, Bd. 41, S. 245/246.)

Vor dem gleichen Forum verlangte er die internationale Hilfe für die Entwicklungsgebiete: «Darüber kann es keinen Streit geben, dass das Proletariat der führenden Länder den rückständigen werktätigen Massen helfen kann und muss und dass die Entwicklung der rückständigen Länder das jetzige Stadium nur dann überwinden kann, wenn das siegreiche Proletariat der Sowjetrepubliken diesen Massen die Hand ausstreckt und ihnen Hilfe leistet.»

Lenin sah eine zweistufige Entwicklung mit revolutionären Umgestaltungen vor, eine allgemeindemokratische und später eine sozialistische, aber immer mit der Hilfe des internationalen Proletariats und des Sowjetstaates. Wichtig ist, dass die führende Rolle des internationalen Proletariats und der sowjetischen Arbeiterklasse anerkannt und beibehalten wird. (Werke, Bd. 31, S. 217, 219.)

Aus diesem Grund behauptet die sowjetische politische Wissenschaft, die nationale Arbeiterklasse der sozialistischen Länder habe sich in eine internationale Kraft verwandelt, welche in den Entwicklungsländern eine rasche Entwicklung

zum Sozialismus ermögliche (z. B. «Kommunist», Nr. 17/1964, S. 23/24, Brutenz). Der Uebergang vom Feudalismus oder sogar von einer vorfeudalen Entwicklungsstufe direkt zum Sozialismus wird in den Rang einer objektiven Gesetzmässigkeit erhoben, wie dies (unter Berufung auf die sowjetischen asiatischen Republiken) auf dem 22. Kongress der KPdSU 1961 auch selbst von den Vertretern einiger asiatischer Länder akzeptiert wurde.

Auch Lenin hob, indem er von der Komintern aktive Schritte zur Unterstützung der Dritten Welt verlangte, immer wieder das Beispiel seines eigenen Landes als Muster hervor. «Wir müssen in allen Kolonien und abhängigen Ländern nicht nur selbständige Kader zum Kampf, nicht nur Parteiorganisationen bilden, nicht nur eine sofortige Propaganda für die Errichtung der Bauernsowjets führen . . . , sondern die Kommunistische Internationale muss auch die These aufstellen und theoretisch untermauern, dass die rückständigen Länder mit Hilfe des Proletariats der fortgeschrittenen Länder zum Sowjetsystem und durch bestimmte Entwicklungsstadien zum Kommunismus gelangen können, ohne die kapitalistische Entwicklung durchgemacht zu haben.»

Auf dem 8. Allrussischen Sowjetkongress (Ende 1920) ging er noch weiter, indem er erklärte: «Wir können die Gründung und Festigung von Sowjetrepubliken in Buchara, Aserbeidschan, Armenien begrüssen . . . Diese Republiken sind ein Beweis dafür, dass die Ideen und die Prinzipien der Sowjetmacht nicht nur in den entwickelten Indu-

striegebieten, sondern auch in Ländern, wo die soziale Grundlage das Bauerntum bildet, zu verwirklichen sind und verwirklicht werden . . . Die freundschaftlichen Beziehungen dieser Republiken mit der Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik wurden durch die Resultate unserer Politik bestätigt.»

Modellfall Buchara: Eine koloniale Eroberung

Lenin wird in der sowjetischen Propaganda für die Dritte Welt dargestellt, als ob er den Sozialismus in den als Muster tausendmal angeführten Sowjetrepubliken auf demokratischem Weg über den freien Entschluss der interessierten Völker hätte aufbauen lassen. Es scheint notwendig zu sein, darauf hinzuweisen, wie Lenin in Wirklichkeit handelte, wie er den betreffenden Völkern das eigene Sowjetsystem mit Gewalt aufdrängen liess.

Lenin berief sich u. a. auf die Bucharaer Sowjetrepublik, welche für die asiatischen Länder als Musterbeispiel für die Einführung des Sowjetsystems gelten soll. Buchara und Choresm (Chiwa) waren zwei kleine Monarchien in Zentralasien, die ihre Unabhängigkeit sogar dem zaristischen Imperialismus gegenüber aufrechtzuerhalten vermochten. Die RSFSR brachte aber dem «Bucharaer und Choresmer Volk» ihre «Hilfe» und hat beide Staaten einverleibt, ja sie sogar als politisch-geographische Begriffe liquidiert (1924).

1895 wurde das Bucharaer Emirat ins russische Zollsystem einbezogen, die politische Unabhängigkeit jedoch nicht angetastet. Nach der Oktoberrevolution stand aber der Emir unter schwerstem politischen Druck Moskaus. Am 20. April 1918 erliess er ein Manifest über Reformen, aber umsonst. Lenin wollte keine Reformen, sondern die Einverleibung. Er begann mit der Gründung der KP von Buchara (Mitte 1918), deren Mitglieder natürlich meist Russen waren, denn von den 2.8 Millionen Einwohnern Bucharas lebten damals 2,5 Millionen auf dem Lande und hatten von Sozialismus und Kommunismus keine Ahnung. Diese Partei organisierte am 2. September 1920 einen Staatsstreich, und um den Sieg des «Volkes» zu sichern, wurde die Rote Armee von einer Handvoll Kommunisten «zu Hilfe» gerufen. So wurde in Buchara am 14. September 1920 die «Volks-Sowjetrepublik» ausgerufen, deren Unabhängigkeit im Vertrag vom 4. März 1921 formell anerkannt wurde. Die dortige KP war jedoch auch ganz offiziell ein Bestandteil der russischen KP, und so wurde Buchara auch vor seiner formellen Einverleibung 1924 indirekt immer von Moskau aus regiert.

Die Geschichte der «nichtkapitalistischen Entwicklung» in Choresm war genau die gleiche.

Der «Uebergang zum Sozialismus» der zentralasiatischen Völker, welche heute ebenfalls als Beweis für die von Lenin aufgestellte «Gesetzmässigkeit» ständig erwähnt werden, verlief nach ähnlichem Rezept. Der zeitgenössische Historiker und Politiker Safarow, Leiter der Turko-

Der Frühling kommt auch 1970

und Sie erhalten alle

**Wanderbücher
Spazierwegbücher
Reiseführer
Tourenführer
Autokarten
Wanderkarten
Campingführer**



durch die

Buchhandlung SOI 3000 Bern 6

Jubiläumsstrasse 41, Telefon (031) 43 12 12

Alle Bücher durch die Buchhandlung SOI

Männliche Mode



LORRIS

Veston:
leicht tailliert,
tiefe Zweiknopf-
front,

Rückenschlitz,
gerade Patten-
taschen.

Hose:
bequem und
modisch,
senkrechte
Passepoiletaschen,
Zugbund,
schmale
Gurtschlaufen.

Fragen Sie
im Fachgeschäft!

Bezugsquellennachweis durch RITEX AG Qualitätsbekleidung 4800 Zofingen



Das meist übersetzte Buch der Welt war früher die Bibel. Aber Lenins Werke haben sie längst überholt.

kommission, schrieb in seinem 1921 in Moskau herausgegebenen Buch: «Die Februarrevolution kam hier durch den Telegraph an.» Die Revolution in den Randgebieten sei ein «russischer Export» gewesen, und die Sowjetmacht habe eigentlich die zaristische koloniale Politik fortgesetzt. Safarow riskierte sogar die Feststellung, der koloniale Charakter der Sowjetmacht sei noch ausgeprägter gewesen als vorher. Deshalb rief er die Moskauer Öffentlichkeit in seinem Buch auf, in Zentralasien eine zweite Revolution durchzuführen, um den neuen Kolonialismus aufzuheben und dem Volk die Macht tatsächlich zu übertragen. Safarow schrieb, die einheimischen Bolschewiken in den Randgebieten hätten in der «Revolution» gar keine Rolle gespielt; so sei die These entstanden, «die Partei der Bolschewiken habe die Sowjetmacht errichtet und die Sowjetmacht die Partei der Bolschewiken». Der von der turkestanischen Bevölkerung kurz nach dem «Leninschen Dekret» über die nationale Selbstbestimmung errichtete «turkestanische Nationalrat» wurde von Lenins Truppen total zerschlagen.

Ein Protesttelegramm erregt Gelächter

Auch die Republiken von Transkaukasien werden in der sowjetischen Fachliteratur als Muster für die nichtkapitalistische Entwicklung angeführt. Aber auch hier handelte Lenin ähnlich. Als die «unabhängigen» Transkaukasier gegen die Errichtung eines gemeinsamen (von Moskau dirigierten) Wirtschaftsorgans protestierten, richtete Lenin an Ordschonikidse folgendes Telegramm: «Ich verlange dringend, ein wirtschaft-

liches Gebietsorgan für ganz Transkaukasien zu bilden.» Und es wurde mit Gewalt aufgestellt. Das von Lenin geleitete oberste russische Parteiplenum hat die Vorlesung des Protesttelegrammes des Zentral-Exekutivkomitees von Georgien vom 31. März 1911, in welchem die letzten Versuche unternommen wurden, sich vor der endgültigen Einverleibung zu verteidigen, mit lautem Gelächter begleitet. Das auf die Tragödie eines kleinen Volkes so erschütternd hinweisende Telegramm lautete folgendermassen: «Von heute an werden die Grenzen der Republik Georgiens für geschlossen erklärt (Lachen im Saal) . . . » Die Aufenthaltsbewilligungen von Russen (bzw. russischen Agenten) wurde aufgehoben. Wie die Revolution angeblich entsprechend den «objektiven Gesetzmässigkeiten» und die nichtkapitalistische Entwicklung aufgezwungen wurden, zeigt folgender Satz eines Moskauer Histori-

kers in seinem 1936 in Moskau veröffentlichten Buch: «Auf die direkte Anweisung der Genossen Lenin und Stalin wurde zur Unterstützung des aufgestandenen aserbeidschanischen Volkes die 11. Rote Armee eingesetzt. Die brüderliche Hilfe der Roten Armee und des grossen russischen Volkes half den Werktätigen, Aserbeidschan zu errichten.» (L. Berija: Zur Geschichte der bolschewistischen Organisation in Transkaukasien. Moskau 1936.) Die Beispiele der grausamsten Unterdrückung und der rücksichtslosen Aufdrängung des «nichtkapitalistischen Entwicklungsweges» können endlos fortgesetzt werden. Wenn also ein Land die «nichtkapitalistische Entwicklung» einmal durchgemacht hatte, wurde ihm das Joch Moskaus aufgesetzt, und es gab keine Rettung mehr. Dies ist eine Lehre für die Gegenwart! Laszlo Revesz

Der Internationalismus

Das Leninsche Prinzip des proletarischen und des sozialistischen Internationalismus erweist sich als echte Grundlage für die heutige These der beschränkten Souveränität sozialistischer Staaten.

Wie Lenin schrieb (Werke, Bd. 30, S. 268, russisch) ist das Kapital international, folglich muss auch die auf den Sturz des Kapitals ausgerichtete Bewegung internationalistisch organisiert sein. Der Internationalismus ist nach Lenin (1917) «die hingebungsvolle Arbeit im Dienste der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im eigenen Lande, die Unterstützung (durch Propaganda, moralische und materielle Hilfe) einer solchen und nur einer solchen Linie in allen Ländern ohne Ausnahme».

Chacun a deux patries — l'URSS et la sienne

In der Periode der Komintern (1919—1943) hatte man die Grundsätze des proletarischen Internationalismus auch «kodifiziert» (in den Aufnahmebedingungen und den Statuten der Komintern, beide vom 2. Kongress, 1920). Danach bedeutet dieser Internationalismus die Pflicht der verschiedenen nationalen Parteien, den neuen sowjetischen Staat mit allen Mitteln zu unterstützen und die Pflicht der damaligen RSFSR, die internationale Bewegung zu unterstützen.

Wichtiger war jedoch die Verteidigung der Sowjetunion. Sogar im Programm der spanischen Kommunisten in den Jahren des Bürgerkrieges standen beide Motive nebeneinander: der Kampf um die Macht und die Verteidigung der Interessen der Sowjetunion. Der zweite Aspekt des proletarischen Internationalismus stiess auf verschiedene Widerstände seitens der nationalen Parteien; Lenin hat jedoch die Annahme des Prinzips rücksichtslos durchgedrängt. Dies war die sogenannte «bolschewisazija» (Bolschewisierung) der Mitgliederparteien. Die Kominternkongresse in den zwanziger Jahren prüften den Stand der Bolschewisierung ständig und kritisierten jene Parteien (Tschechoslowakei, Polen, Ungarn usw.), welche sich nach sowjetischem Muster nicht total gleichschalten lassen wollten. Schliesslich mussten sie auch nachgeben, da dem Führungsorgan der Komintern, dem Exekutivkomitee, das Recht eingeräumt wurde (im Sta-

tut von 1919), Einzelpersonen in den Mitgliederorganisationen eigenmächtig auszuschliessen und sogar ganze Organe abzulösen, wie dies auch ständig geschah (das ganze ungarische ZK wurde während 15 Jahren zweimal von Moskau eigenmächtig aufgelöst und ersetzt, das rumänische ZK ebenfalls öfters; 1938 wurde sogar die ganze KP Polens aufgelöst, ohne die Möglichkeit einer Berufung gegen den Beschluss des Exekutivkomitees).

Im KPdSU-Programm fallen die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten unter die — Innenpolitik

Der Leninsche Internationalismus ist ein Klassenbegriff, er ist klassengebunden. Man unterscheidet vor allem zwischen einem proletarischen und einem sozialistischen Internationalismus, wobei der letztere die Beziehungen zwischen Moskau und den osteuropäischen Parteien zu regeln berufen ist, während der proletarische Internationalismus «die internationale Einheit des Proletariates im Kampf um die Liquidierung der kapitalistischen Sklaverei und den Aufbau des Kommunismus, das Beharren auf Freiheit, Unabhängigkeit und Gleichheit aller Völker, kleiner und grosser, Zusammenarbeit und Freundschaft mit diesen Völkern» bedeutet. (Grosse Sowjetenzyklopädie, II. Aufl.)

Im geltenden Programm der KPdSU wird diese Unterscheidung ganz offen gemacht: Die Zusammenarbeit mit der internationalen («revolutionären») Arbeiterklasse und mit den Moskau nicht direkt untergeordneten Parteien wird im ausserpolitischen Teil (Teil 1, Kapitel V), die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern und kommunistischen Parteien Osteuropas hingegen im innenpolitischen Teil (Teil 2, Kapitel IV und VI) erörtert. Der Leninsche Internationalismus wird dem Kosmopolitismus (bürgerlicher Internationalismus) gegenübergestellt, der den Zusammenschluss der Völker verhindert, eine andere Klassenbasis hat und die Diktatur der Bourgeoisie festigt. Es ist also Pflicht der Kommunisten, den proletarischen (und sozialistischen) Internationalismus zu fördern. Statut